

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen:
Für die dreigespaltene Pettizelle oder deren Raum 30 A
für Versammlungsanzeigen 10 A pro Zelle.

Was wollen die baugewerblichen Unternehmer?

Der gewerkschaftliche Kampf um Lohnerhöhung ist seitens der Unternehmer ein Kampf um die Profitrate. Lohnerhöhungen drohen die Profitrate zu schmälern, und daher kämpfen die Unternehmer gegen Lohnerhöhungen. So lehrt die Theorie. Allein die Profitrate ist keine von Natur gegebene Größe. Unter dem Zustande der freien Konkurrenz wird ihre Größe zwar von der Konkurrenz bestimmt, aber die freie Konkurrenz gehört besonders im Baugewerbe der Vergangenheit an, sie ist so gut wie überwunden. Bei Submissionen treten die Submissionskartelle in Funktion. Oft bilden die örtlichen oder bezirklichen Arbeitgeberverbände gleichzeitig Submissionskartelle. Der Vorstand bestimmt, wer die Arbeit und zu welchem Preise er sie übernehmen soll. Alle ändern, die noch bestimmt werden, sich an der betreffenden Submission zu beteiligen, müssen so hohe Preise fordern, daß es ausgeschlossen erscheint, den Zuschlag zu bekommen. Wer den Zuschlag erhält, hat eine gewisse Summe abzugeben, die unter jenen verteilt wird, die behilflich waren, daß er den Zuschlag erhielt. Diese Submissionskartelle erhöhen die Baupreise und damit die Profitrate ungemein. Die übermäßige Verteuerung der Bauarbeiten ist auf die Wirksamkeit der Submissionskartelle zurückzuführen. Natürlich verteidigen die Unternehmerverbände diese künstlich hochgeschraubte Profitrate ebenso rücksichtslos und hartnäckig, wie die früher durch die freie Konkurrenz bestimmte wesentlich geringere Profitrate. Jede Lohnerhöhung droht ja nicht nur die geringere, sondern auch die höhere Profitrate zu schmälern. Und warum unterhält man denn die Unternehmerverbände, wenn nicht zur Abwehr von Angriffen auf die Profitrate!

Bei Kriegsausbruch wurden Bauarbeiten in Angriff genommen, die vorher bereits vergeben waren, und zwar zu wesentlich höheren als Friedenspreisen. Oft waren die Preise mehr als 100 pZt. höher als die Friedenspreise. Die ausführenden Unternehmer erhöhten die Löhne, um die genügende Zahl Arbeiter zu bekommen. Sofort legten sich die Arbeitgeberverbände ins Mittel, mit der Vorgabe, der Tarifvertrag müsse innegehalten werden. Der Tarifvertrag als Sicherung einer hohen Profitrate! Die Baupreise wurden jedoch noch immer höher geschraubt mit der Vorgabe, alle leistungsfähigen Arbeiter seien zu Kriegsdiensten eingezogen, die zurückgebliebenen Arbeiter seien minderleistungsfähig, es müsse deshalb an Lohn viel mehr gezahlt werden, als bei vollleistungsfähigen Arbeitern, die Minderleistung werde immer größer. Die Folge war wieder: Erhöhung der Baupreise, Erhöhung der Profitrate und Niederhaltung der Löhne. Die Arbeiter wurden mit Lohnforderungen an die Bauauftraggeber verwiesen, die sich in Anbetracht der ungemein gestiegenen Baupreise lange weigerten, die in Frage kommenden Summen zu übernehmen. Bei den zentralen Tarifverhandlungen im Jahre 1916 bewilligte der Arbeitgeberbund eine unzureichende Lohnerhöhung mit der Erklärung: „Es sei dem Unternehmer nicht möglich, diese erhöhten Kosten ganz auf die Auftraggeber abzuwälzen, er müsse deshalb die Zulage in der Hauptsache aus seinem Vermögen leisten“. Der Sprecher besaß die Kunst, bei der Abgabe dieser Erklärung ein ernstes Gesicht zu machen! Der Arbeitgeberbund erreichte jedoch mit seiner Erklärung, daß eine Vereinbarung erst dann zustande kam, nachdem sich die Reichsregierung damit einverstanden erklärt hatte, daß die bauenden Behörden den Unternehmern die Teuerungszulagen zurückerstatteten. Die weiteren Teuerungszulagen sind dann anstandslos aus der Reichskasse bezahlt worden, so daß sie die immer höher gewordene Profitrate der Unternehmer gar nicht berührt haben. Die Herren Bauunternehmer, die während des Krieges Bauarbeiten übernommen, haben sich alle recht „gesund gemacht“.

Auch die Lohnsteigerungen seit Ausbruch der Revolution haben die Profitrate der Bauunternehmer nicht im

geringsten geschmälert. Dafür nur ein Beispiel. Dr. K. Kuczinski schreibt in seiner „Finanzpolitischen Korrespondenz“ vom 28. November 1919: Die Höhe der Baukosten werde im wesentlichen bestimmt durch den Preis der Baustoffe, den Lohn der Bauarbeiter und den Aufschlag des Unternehmers. Die Steigerung der Baustoffpreise und der Bauarbeiterlöhne sei viel erörtert worden. Der Aufschlag, den der Unternehmer auf den Lohn erhebt, habe aber bisher wenig Beachtung gefunden. Und doch hat dieser Aufschlag im Laufe der Zeit eine immer größere Bedeutung gewonnen. In Groß-Berlin z. B. betrug vor dem Kriege der tarifliche Stundenlohn des Maurers und des Zimmerers 82 A. Der Meister nahm einen Aufschlag von 28 A., so daß er dem Bauherrn die Maurer- und Zimmererstunde mit M. 1,10 berechnete. Heute beträgt der tarifliche Stundenlohn des Maurers und des Zimmerers M. 3,20. Der Meister nimmt aber einen Aufschlag von M. 1,70, so daß er dem Bauherrn die Maurer- und Zimmererstunde mit M. 4,90 berechnet. Der Lohn des Arbeiters ist also auf das 3,9-fache, der Aufschlag des Meisters aber auf das 6,1-fache gestiegen. Vor dem Kriege betrug der Aufschlag des Meisters 34 pZt., heute aber 53 pZt. Natürlich ist das nicht bloß in Groß-Berlin so, sondern anderwärts auch.

Nun hat bei den zentralen Verhandlungen über Gewährung einer weiteren Teuerungszulage im Baugewerbe am 19. November 1919 der Arbeitgeberbund gefordert, daß bei weiterer Gewährung einer Teuerungszulage die Bauauftraggeber — Reich, Staat, Gemeinde, Private — im Verordnungswege durch die Reichsregierung verpflichtet werden, die Mehrkosten dem Arbeitgeber voll zurückzuerstatten. Um diese Forderung dreht sich der Streit, sind die zentralen Verhandlungen wiederholt abgebrochen. Was die Unternehmer mit ihrer Forderung bezwecken, kann von dem Außenstehenden nur vermutet werden. Klar ersichtlich ist aber der Zweck um so weniger, da von Seiten des Ministerialvertreters für öffentliche Arbeiten, ohne Widerspruch zu finden, erklärt worden ist, daß den veränderten (unsicheren) Verhältnissen insofern Rechnung getragen sei, als die festen Bauverträge durch sogenannte Kolonialverträge ersetzt worden seien. Das heißt, Lohn- und Preiserhöhungen während der Ausführung des Vertrages werden vom Bauauftraggeber getragen. Auf die Aufforderung, Fälle anzugeben, wo die Sache nicht so gehandhabt werde, blieben die Unternehmer die Antwort schuldig. Sine qua non die Ausführungen des Geheimen Regierungsrats Wulff bei den zentralen Verhandlungen am 26. Januar 1920. Er hoffe bestimmt, daß die Verhandlungen im Kabinett noch in der laufenden Woche stattfinden. Ob aber die Erwartungen der Unternehmer dabei erfüllt würden, sei sehr zweifelhaft. Bestritten werde die von den Unternehmern behauptete Drangsalierung der Baugewerbetreibenden durch die Behörden. Die Arbeitgeber sollten sich nicht versteifen auf die Verordnung, sondern sich erst mit den Arbeitern über die Zulage zu verständigen suchen und erst dann auf die Rückzahlung hinwirken. Genug, der Zweck, den die Arbeitgeber mit ihrer Forderung auf Erlass einer Verordnung verfolgen, bleibt dunkel. Nur scheint festzustehen, daß es sich um keinen ganz sauberen Zweck handelt. Daß Tausende Arbeiter mit ihren Familien um diesen dunklen Streit zwischen Regierung und Arbeitgebertum so lange Zeit auf die Hungersnot gespannt werden, ist einfach empörend.

Reichsmittel zur Schaffung neuer Wohnungen.

In Nr. 4 des „Zentralblattes für das Deutsche Reich“ vom 24. Januar werden Bestimmungen des Reichsrats über die Gewährung von Darlehen aus Reichsmitteln zur Schaffung neuer Wohnungen veröffentlicht, aus denen wir u. a. folgendes entnehmen:

Zur Bekämpfung der Wohnungsnot sowie zur Förderung des Siedungswesens können

nach Maßgabe dieser Bestimmungen aus Reichsmitteln Darlehen als Beihilfe zu den Kosten der Herstellung neuer Wohnungen gewährt werden. Die Reichsmittel werden als bedingt rückzahlbare, zunächst unverzinsliche Darlehen gegeben. Zu den Herstellungskosten für Wohnungen, die ausschließlich für Arbeiter und versicherungspflichtige Angestellte des Kohlenbergbaues bestimmt sind, werden Beihilfen aus besonders zur Verfügung zu stellenden Reichsmitteln nach den für die Errichtung von Bergmannswohnungen erlassenen Bestimmungen gewährt. Für Behelfs- und Notwohnungen kommen Reichsdarlehen nicht in Betracht. Die Reichsdarlehen werden gewährt für Wohnungen, die nach Größe, Anordnung, Raumzahl, Raumhöhe und Ausstattung die notwendigsten Anforderungen nicht überschreiten. Die nach den örtlichen Verhältnissen wirtschaftlichste Bauweise ist zu fordern. In erster Linie sollen Flachbauten mit hinreichendem Gartenland berücksichtigt werden, dreigeschossige Mehrfamilienhäuser nur innerhalb der Städte oder der Landgemeinde mit städtischer Entwicklung. Die Errichtung von Bauten mit mehr als drei Geschossen darf nur mit Zustimmung der obersten Landesbehörde unterstützt werden, und zwar im allgemeinen nur zur Ausfüllung von Waulücken. Ein Reichsdarlehen wird nur gewährt, wenn die Gemeinden sich an der Aufbringung der Baukosten mit einem Gemeinbedarfen beteiligen und sich verpflichten, ihren Anteil an der Beihilfehypotheke ohne Zustimmung der obersten Landesbehörde nicht abzutreten oder zu verpfänden. Das Gemeinbedarfen soll so bemessen werden, daß es zusammen mit den vom Bauherrn aufzubringenden Kosten und dem Reichsdarlehen die Finanzierung des Bauvorhabens ermöglicht.

Die Höhe des Reichsdarlehens wird ermittelt durch Vervielfältigung der Quadratmeterzahl der Wohnfläche und Stallfläche. Der der Berechnung des Darlehens zugrunde zu legende Einheitsfuß für das Quadratmeter darf in ländlichen Gemeinden und in kleineren Städten mit vorwiegend ländlichem Charakter im ein- und zweigeschossigen Wohnhaus den Betrag von M. 165, in den übrigen Gemeinden den Betrag von M. 180, im drei- und mehrgeschossigen Mehrfamilienhause den Betrag von M. 150 beziehungsweise M. 165, für Stallflächen von M. 75 nicht überschreiten. Die Höhe des Gemeinbezugsfußes muß mindestens ein Drittel des Reichsdarlehens betragen. Bei Wohnungsneubauten auf dem Lande (in ländlichen Gemeinden und kleineren Städten mit vorwiegend ländlichem Charakter) kann auf das Gemeinbedarfen bis zur Hälfte verzichtet werden. In diesen Fällen kann dann eine Erhöhung des Reichsdarlehens stattfinden. Wo der Wohnungsbedarf auf dem Lande nachweislich durch Zugang Nichtortsansässiger entsteht, insbesondere bei Umsiedlungen städtischer Bevölkerung auf das Land, kann auf Antrag mit Zustimmung der obersten Landesbehörde auf das Gemeinbedarfen in vollem Umfange verzichtet und eine Erhöhung des Reichsdarlehens vorgenommen werden. Zur Herabminderung des Reichs- und Gemeinbedarlehens sind Arbeitgeber, deren Arbeitern und Angestellten die Wohnungen nach ihrer Lage in erster Reihe zugute kommen, nach Möglichkeit heranzuziehen. In Höhe der Summe des Reichs- und Gemeinbedarlehens ist an dem Baugrundstück Hypothek zu bestellen. Für jeden mit Reichsdarlehen unterstützten Neubau stellt die Gemeinde nach Fertigstellung die Gesamtherstellungskosten fest und setzt ferner bei Mietwohnungen die Miethöhe, bei Eigenwohnungen den Mietwert fest. Es soll davon ausgegangen werden, daß bei Miethäusern die Baukosten, soweit irgend möglich, durch die Mieteinnahmen zu verzinsen sind.

Uebersteigt bei einem Verkauf des Hauses der Kaufpreis den Unterschied zwischen Gesamtherstellungskosten und Beihilfedarlehen, so ist das Darlehen in Höhe von zwei Dritteln des diesen Unterschied übersteigenden Betrages zur Rückzahlung fällig. Das Beihilfedarlehen ist zur Rückzahlung fällig, wenn a) das Grundstück einschließlich der darauf errichteten Neubauten zu andern als zu den im Antrag bezeichneten Zwecken benutzt wird, b) nicht der vorgesehenen Anzahl von Familien Unterkunft gewährt,

von M. 1,90 auf M. 2. In Dielefeld wurde am 24. Januar verhandelt. Gemäß dem Beschluß der Zentralarbeitsgemeinschaft wird ab 1. Januar eine Zulage von 15 % gezahlt und ab 22. Februar eine weitere Teuerungszulage von 60 %. Der Lohn beträgt jetzt M. 3,45 für die Stunde.

Der Streik in Varel i. O. ist beendet. Die Arbeit wurde am 26. Januar wieder aufgenommen. Der Stundenlohn beträgt sofort M. 3,20, vom 1. Februar an M. 3,30, vom 1. März an M. 3,50. Die Forderung lautete auf M. 3,80.

Streik in Bonn. Unsere Kameraden in Bonn haben der Zimmermeisterinnung Forderungen unterbreitet und um Verhandlungen darüber nachgesucht. Am 20. und 22. Januar fanden Verhandlungen statt. Die Zimmermeister anerkannten die Notlage der Zimmerer, sie hielten auch die Forderung, M. 4 vom 16. Januar an, M. 4,50 vom 1. Februar an, für annehmbar. Zu ihrer Bewilligung konnten sie sich jedoch ohne Zustimmung des Arbeitgeberverbandes nicht entschließen. Am 24. Januar wurde für das gesamte Baugewerbe mit dem Arbeitgeberverband verhandelt. Das Angebot der Unternehmer lautete auf M. 3,75 für gelernte, M. 3,68 für ungelernete Arbeiter. Die Vertreter des Deutschen und des Christlichen Bauarbeiterverbandes stimmten diesem Angebot zu, unsere Vertreter nicht. Die Zimmermeisterinnung erhöhte nachher das Angebot auf M. 3,85. Auch dieses Angebot wurde von unsern Kameraden in einer stark besuchten Versammlung abgelehnt und beschlossen, die Arbeit so lange ruhen zu lassen, bis die Forderung anerkannt ist.

Vereinbarungen in Freienwalde a. d. Ober. Die Regelung der Teuerungszulage wurde durch die Arbeitgeber in die Länge gezogen, so daß die Mitglieder ungeduldig wurden und auf Grund eines Beschlusses am 19. Januar die Arbeit einstellten. Am 21. Januar kam es zur Verhandlung und nach langen Auseinandersetzungen bewilligten die Arbeitgeber die gestellte Forderung von 60 % pro Stunde, unter der Voraussetzung, daß am 22. Januar die Arbeit aufgenommen werde. Eine an demselben Abend stattgefundene Versammlung stimmte dem Resultat zu. Der Stundenlohn beträgt vom 22. Januar an M. 2,70.

Vereinbarungen in Oranienburg. In der Verhandlung am 22. Januar wurde folgender Vergleich getroffen: Vom 24. Januar an tritt eine Teuerungszulage von 60 % pro Stunde für alle Bauarbeitergruppen in Kraft. Im übrigen gelten dann die Vereinbarungen, die in Berlin und für das Reich als zweite Rate getroffen werden.

Vereinbarungen in Treuenbriehen. Durch Verhandlungen am 20. Januar wurden die 10 pSt. ab 2. Januar als Teuerungszulage erreicht. Eine gut besuchte Versammlung am selben Tage stimmte dem Ergebnis zu, in der Erwartung, daß die weiteren Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium eine Regelung finden dürften, die voll und ganz den heutigen teureren Verhältnissen Rechnung trägt. Der Stundenlohn beträgt ab 2. Januar M. 1,87.

Streik und Vereinbarungen in Heide i. Holst. Ein dreitägiger Streik endete erfolgreich. Der Stundenlohn wurde von M. 2,31 auf M. 3 erhöht.

Verhandlungen über eine neue Teuerungszulage für Hamburg und Umgegend haben am 30. Januar stattgefunden. Es wurde nicht nur für das gesamte Gebiet von Groß-Hamburg, sondern auch für Altona verhandelt. Eine Einigung wurde nicht erzielt, da zwischen der Forderung und dem Angebot der Unternehmer noch eine allzu starke Differenz bestand. Die Arbeiterverbände haben nunmehr das Tarifat an gerufen.

Verhandlungen in Braunschweig haben am 22. Januar stattgefunden. Bekanntlich fordern unsere Kameraden eine Lohnerhöhung von 40 pSt. Nach eingehenden Beratungen gaben Vorstand und Lohnkommission der Arbeitgeber die Erklärung ab, daß sie ihrer nächsten Mitgliederversammlung eine Abschlagszahlung von 20 pSt. auf die zu erwartende zentrale Zulage vorschlagen würden, die mit dem 22. Januar in Kraft treten sollte.

Vereinbarungen für Württemberg. In der Sitzung des Landesauschusses am 14. Januar 1920 wurde zwischen dem Landesverband Württemberg und den Vertretern des deutschen Bauarbeiterverbandes sowie des Zentralverbandes deutscher Zimmerer folgende Vereinbarung getroffen: „Die dem Landesverband angeschlossenen Arbeitgeber erklären sich bereit, vom 11. Dezember 1919 an bis 31. Dezember 1919 eine Teuerungszulage von 60 % pro Stunde zu zahlen, unter Anrechnung der bereits zur Auszahlung gelangten 10 pSt. Dagegen verzichten die Vertreter der Arbeitnehmer auf jede weitere Zulage für die im Jahre 1919 geleistete Arbeitszeit. Vom 1. Januar 1920 an wird diese Teuerungszulage von 60 % als Abschlag auf die von den beiderseitigen Zentralorganisationen nach zu vereinbarenden Gesamteuerungszulage weiterbezahlt.“

Zur Vereinbarung:

- Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe Landesverband Württemberg.
- O. Wusch.
- Deutscher Bauarbeiterverband.
- H. Berner.
- Zentralverband der Zimmerer Deutschlands.
- G. Leuger.

Berichte aus den Jahreshellen.

Nachen. Am 14. Januar tagte unsere Generalversammlung. Anwesend waren trotz des schlechten Wetters 82 Kameraden. Nachdem dem Kassierer Entlastung erteilt war, wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Der Vorsitzende erstattete sodann Bericht von der Verhandlung mit den Unternehmern. Nachdem wir den Arbeitgebern mitgeteilt hatten, daß das Reichsarbeitsministerium am 11. Dezember einen Abschlag auf die neue Teuerungszulage bewilligt hatte, kam es am 27. Dezember zur Verhandlung. Vertreten waren die Arbeitgeber durch die Arbeitsgemeinschaft für den Regierungsbezirk Aachen. Die

Arbeitnehmer waren vertreten durch den Zentralverband der Zimmerer, den Deutschen Bauarbeiterverband, den christlichen Bauarbeiterverband und den Zentralverband der Dachdecker. Von Seiten der Arbeitgeber wurde sofort erklärt, daß Nachzahlung unter keinen Umständen stattfinden könnte und boten uns 15 % pro Stunde Zulage, zahlbar ab 1. Januar 1920. Nach dreistündiger Debatte erklärten sie sich bereit, die 10 pSt. ab 1. Januar zu zahlen. Wir bestanden auf Nachzahlung ab 11. Dezember oder aber ab 1. Januar 15 pSt. Da die Arbeitgeber aber dazu keine Befugnisse hatten, wollten sie ihre Versammlung entscheiden lassen. Als Antwort lief auf 17. Januar folgendes Schreiben ein: „Die bisher gezahlten Löhne und Teuerungszulagen werden mit Wirkung ab 1. Januar 1920 um eine Teuerungszulage von 10 pSt. erhöht. Als Ausgleich für die von den Arbeitnehmern geforderte Nachzahlung im Dezember wird für die vom 11. Dezember bis 31. Dezember 1919 gearbeiteten Schichten an den ersten 8 Zahltagen des Januar ein Sonderzuschlag von 10 pSt. zu je einem Drittel an jedem dieser 8 Zahltage auf die in obiger Frist zur Auszahlung gelangten Löhne vergütet. Die eintretende Erhöhung sowie die Ausgleichszahlung finden keine Anwendung auf Ueberstunden und andere Nebenbezüge sowie die in der Zwischenzeit entlassenen Arbeiter.“ Zu diesem Schreiben werden wir am 20. Januar Stellung nehmen. Die Antwort kann nicht zweifelhaft sein. Zudem haben die Arbeitgeber die Ausgleichszahlung einstweilen abgelehnt, bis von uns die Bestätigung eingelaufen ist. Der Vorsitzende fragte dann die Versammlung, ob überall mindestens M. 2,75 bezahlt würden, was bejaht wurde. Mit der Mahnung, selbst überall nach dem Rechten zu sehen, schloß der Vorsitzende seinen Bericht. Nachdem Kamerad Graf den Kartellbericht erstattet hatte, wurden die Zustände auf dem Platze Gärten zur Sprache gebracht. Sodann wurde noch angeregt, daß alle Kameraden die neu erschienenen Arbeiterzeitung abonnieren möchten. Mit einem Hoch auf den Zentralverband, in dem alle Kameraden begeistert einstimmten, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Am 11. November 1918 die Kameraden aus dem Felde heimkehrten, fanden sie unsere Zahlstelle noch im Schutz dank der Tätigkeit unserer Kameraden Jarbon, der sie mit 2 bis 3 Mann während des Krieges hochgehalten hatte. Das erste war, eine Versammlung einzuberufen. Jedoch war dieses mit vielen Schwierigkeiten verknüpft. Es war sehr schwer, Erlaubnis zu erhalten. Man mußte erst 2 bis 3 Besuche machen, weil zu der Versammlung immer wieder die Genehmigung verlagert wurde. Jetzt ist es besser geworden und unsere Versammlung braucht bloß 48 Stunden vorher angemeldet zu werden. Wir hatten im vergangenen Jahre 12 Mitglieder- und 2 außerordentliche Versammlungen. Vorstandssitzungen hielten wir nach Bedarf ab. Lohnbewegungen hatten wir 4. Im Januar 1919 fanden wir M. 1,10 Stundenlohn vor, der bis Februar auf M. 1,30 stieg. Mitte Februar folgte die Umrechnung auf M. 1,61. Es standen uns M. 1,66 zu, jedoch die Verhandlungen mit den Bauarbeitern waren schon geläufig und so mußten wir uns mit M. 1,41 zufrieden geben, weil bei der ungünstigen Zeit nicht mehr herauszuholen war. Im März stellten wir den Antrag auf Abschluß eines neuen Tarifvertrages. Jedoch die Unternehmer erklärten erst nach Friedensschluß verhandeln zu wollen. Endlich kam es im Juni zu verschiedenen Raten zu Verhandlungen. Wir forderten einen Stundenlohn von M. 2,50, die Unternehmer boten M. 2. In der am 27. Juli stattgefundenen Versammlung lehnten unsere Kameraden das Angebot ab, besonders da die Unternehmer sich weigerten, den Reichstarif anzuerkennen. Daraufhin drohten sie, wenn bis zum 6. August von den Zimmerern nicht unterschrieben wäre, würden sie die ganzen übrigen Bauarbeiter des Regierungsbezirks Nachen ausperren. Mit Rücksicht auf die schlechte Konjunktur der anderen Bauarbeiter und weil nunmehr die Arbeitgeber den Reichstarif anerkannten, wurde der Vertrag mit einer Stimme Mehrheit angenommen. Jedoch die Kameraden zogen es vor, auswärts zu bedeutend höheren Löhnen in Arbeit zu treten, da die Arbeitsgelegenheit auswärts ebenfalls sehr günstig war. So war Nachen diesen Sommer fast ganz von Zimmerern entblößt, trotzdem sehr viele Arbeit da war. Das half, denn sonst hätten sich die Verhandlungen im Oktober nicht so glatt abgewickelt, welche uns den Stundenlohn von M. 2,50 brachten. Die hiesigen Unternehmer sind dem Deutschen Arbeitgeberbund nicht angeschlossen, sondern bilden einen Bund für sich, darum meinen sie: „Was von Berlin kommt, geht uns nichts an!“ und verlangen, daß, weil sie dem Deutschen Arbeitgeberbund nicht angeschlossen sind, wir müßten unsere Knochen billiger verkaufen als unsere Kameraden im unbefestigten Gebiet, trotzdem hier alles noch teurer ist als dort. Leider mußten wir im Frühjahr mit den anderen Bauarbeitern zusammengehen, da wegen Pachtwierigkeiten unser Gauleiter unsere Verhandlungen nicht leiten konnte. Jetzt sind wir dadurch ins Hintertreffen geraten und müssen nun mit Maurern, Glaserern und Betonmeistern über Lohn- und Arbeitsbedingungen im Zimmerergewerbe verhandeln. Bei den ganzen Verhandlungen fanden es die Zimmermeister nicht nötig, einen Vertreter zu senden. Aber bei dem kommenden Tarifabschluß werden wir wohl damit aufträumen müssen; denn das kann und soll nicht so bleiben. Unsere Zahlstelle zählt 60 Mann, anders organisiert sind: 3 Christliche und 2 im Polierbund. Seider haben wir 5 Kameraden im Böttlerorden verloren. Unsern langjährigen Vorsitzenden Hubert Pennach, G. Kohlberg, Wilh. Salin, Friz Jahn und H. Heiddüchel. Einer schmachtel noch in Gefangenschaft. Wir haben die Gefallenen dadurch geehrt, daß wir von den Photographien ein großes Bild mit entsprechender Aufschrift haben machen lassen, welches jetzt in unserer Versammlungstafel hängt. Wir haben jetzt erneut Schritte unternommen zwecks Verhandlungen über eine neue Teuerungszulage, jedoch wollen wir erst den Beschluß des Reichsarbeitsministeriums abwarten.

Barthen i. Opper. Am 26. Januar fand die erste Mitgliederversammlung im neuen Jahre statt. Von 41 Mitgliedern waren 21 erschienen, so daß die Versammlung gerade beschlußfähig war. Zu Punkt 1, Teuerungszulage, wurde festgesetzt, daß die Teuerungszulage von sämtlichen Arbeitgebern gezahlt wird. Unser Stundenlohn beträgt jetzt M. 2,25. Im zweiten Punkt erstattete der Kassierer

Bericht über die Quartalsabrechnung. Die Abrechnung war von den Revisoren geprüft und in Ordnung befunden; dem Kassierer wurde hierauf Entlastung erteilt. Bei der Vorstandswahl entspann sich eine lebhafteste Debatte, da kein Kamerad die Kosten des ersten Vorsitzenden übernehmen wollte. Es hat den Anschein, als ob die Kameraden fürchten, sich dadurch beim Arbeitgeber unbeliebt zu machen. Die Wahl wurde aber dennoch erledigt. Kamerad Marlein erstattete Bericht über die Kartellleistungen. Ferner wurde beschlossen, wieder regelmäßige Mitgliederberaternungen abzuhalten, und zwar jeden Sonntag nach dem 20. im Monat, nachmittags 1 Uhr, in Villa-Bergpart.

Berlin und Umgegend. Am 18. Januar fand die Fortsetzung der außerordentlichen Jahreshellenversammlung vom 7. Januar statt. Kamerad Buche erstattete Bericht über die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss, welcher am 15. Januar tagte. Auch hier zeigten die Unternehmern — wie bei früheren Verhandlungen — nicht das geringste Entgegenkommen. So kam es, daß, nachdem die Verhandlungen volle 7 Stunden gedauert und keine Einigung erzielt war, ein Schiedspruch gefällt wurde, der bereits in Nr. 5 des „Zimmerer“ mitgeteilt ist. In der Diskussion kam übereinstimmend zum Ausdruck, daß der gefällte Schiedspruch äußerst unzulänglich sei; jedoch im Hinblick auf die demnächst stattfindenden zentralen Verhandlungen und weil die jetzigen Abmachungen uns nur noch 2 Monate vom Abschluß eines neuen Abkommens trennen, wurde der Schiedspruch mit der Abänderung „rückwirkend vom 2. Januar 1920“ angenommen. Zur Vorstandswahl wurde beschlossen, den Vorstand durch Urwahl zu wählen. Ein Antrag des Bezirks 4, die Kandidaten nach der Parteizugehörigkeit zu befragen, wurde angenommen. Es kandidieren die Kameraden B. Witt und Fr. Wenada als 1. Vorsitzender; Klent und Buche, 2. Vorsitzender; Welfow, 1. Kassierer; Neumann und Golze, 2. Kassierer; Heinz Schulz und Schneider, 1. Schriftführer; Decker und Haufe, 2. Schriftführer; als Revisoren Schöniger, Niehn, Frick, Dürre, Münchhoff und Blutin; als Kontrollreue Schill, O. Müller, Jden, Kirchhof, Pfender und P. Haase. Von einer Abänderung des Wahlreglements wurde Abstand genommen. Zum Schluß wurden zur Wahlkommission folgende Kameraden gewählt: Schahn, Schönig, Nidel, Winkelmann, Ebenhahn, Friz Schulz, Ernst Siege, Trutinat, Kramann, Herm. Winkelmann und Schütz. Die Vorstandswahl findet am Sonntag nach der nächsten Zahlstellenversammlung statt.

Dielefeld. Am 26. Januar fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Den Bericht von den Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband über Teuerungszulagen erstattete der Vorsitzende, Kamerad Arnold. Am 21. Januar haben auf Veranlassung der örtlichen Organisation der Zimmerer und Bauarbeiter Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband für Dielefeld und Umgegend stattgefunden. In dieser Sitzung wurden die Teuerungszulagenverhältnisse besprochen und gefordert, daß angesichts der enormen Teuerungswelle eine entsprechende Teuerungszulage eintreten müsse. Auch die von der Reichsarbeitsgemeinschaft vereinbarte Zulage für Mehl, Brot und Kartoffeln wurden gefordert. Die Unternehmer erklärten an, daß unter den jetzigen Verhältnissen die Erfüllung der Arbeiter sehr schwierig sei, sie als Verhandlungsleiter könnten aber keine Zugeständnisse machen, sondern müßten erst ihre Mitglieder befragen. Es wurde vereinbart, am 24. Januar wieder zusammenzukommen, um weiter zu beraten. Zu dieser Sitzung hatten wir unsern Gauleiter, Kameraden Janhen, geladen, der auch erschienen war. Es wurde vereinbart, daß ab 1. Januar eine Teuerungszulage nach Vereinbarung der Reichswirtschaftsgemeinschaft für Brot, Mehl und Kartoffeln von 15 % pro Stunde sowie eine allgemeine Teuerungszulage von 60 % pro Stunde zu zahlen ist, so daß ab 23. Januar der Stundenlohn für Dielefeld M. 3,45 und für Dielefeld-Land M. 3,35 beträgt. Zum nächsten Punkt gab Kamerad Arnold den Kartellbericht, aus dem zu entnehmen ist, daß die Zahl der dem Kartell angeschlossenen Gewerkschaftsmitglieder 31573 beträgt. Zur Dedung der beträchtlichen Mehrausgaben wurde beschlossen, den Kartellbeitrag pro Kopf und Vierteljahr auf 60 % zu erhöhen. Dies wurde einstimmig angenommen. Vom Vorstand wurde angesichts der wachsenden Mehrausgaben der Lokalkasse der Antrag gestellt, den Beitrag von M. 1,80 auf M. 2 zu erhöhen; diesem wurde zugestimmt. In „Verschiedenes“ wurde vom Kameraden Theismann beantragt, der Arbeiterjugend in Schilbesche M. 10 zu bewilligen, was einstimmig beschlossen wurde. Kamerad Karre weist auf die Genossenschaftsbewegung hin, ein jeder Arbeiter sollte es sich doch zur Pflicht machen, dem Konsumverein als Mitglied anzugehören und auch hier seine Waren zu beziehen. Ein neuer Betriebszweig wird in kürzester Zeit eingeführt, nämlich eine Tischlerei und Schmiede. Im weiteren wurden noch einige interne Angelegenheiten geregelt. Hierauf schloß der gutbesuchten Versammlung.

(Jahresbericht.) Im verfloffenen Jahr, das im Zeichen stürmischer Tage und Monate auch für Dielefeld stand, war das Arbeitsfeld für unsere Organisation ein sehr großes. Als am 23. Februar die jetzige Verwaltung an die Spitze geteilt wurde und der Krieg seinen Abschluß gefunden hatte, hieß es, die Zahlstelle wieder so zu befestigen, daß wir wieder aktionsfähig würden. Es waren noch eine Anzahl Kameraden, die im Kriege der Organisation den Rücken gekehrt hatten, wieder der Zimmererbewegung zuzuführen. Das ist uns restlos gelungen, so daß wir heute den letzten Zimmerer und auch Lehrling organisiert haben. Die erste Aufgabe der neugewählten Verwaltung war die Umrechnung auf den Achtstundentag, die zweite Aufgabe die Gleichstellung der Löhne der Zimmerer im industriellen Betriebe. Schwierigkeiten machten die Firmen Kemmerichwerke, Ocker. Betreffende Firma wurde vor den Schlichtungsausschuss gerufen. Hier wurde verlangt, daß für Zimmerarbeiten auch Zimmererlohn zu zahlen sei, was auch entschieden wurde. Die Firmen wurden verurteilt, und so wurden unsern Mitgliedern Beträge bis M. 200 nachgezahlt. Im ganzen haben 5 Schlichtungssitzungen stattgefunden. Ein Streitfall, in dem das Dachlaten von Dachdeckern ausgeführt wurde, wurde als Zimmerarbeit anerkannt und im Schlichtungsausschuss protokolllarisch festgelegt. Zwei Sitzungen der Arbeitsgemein-

Haft über Submissionswesen und Stadtbauten machten sich nötig. Agitation wurde im Landkreis betrieben. Mitglieder wurden in Bünde und Verbände gewonnen; für Bünde wurde ein Stundenlohn von M 2,50, für Verbände ein solcher von M 2 festgelegt. In Vorträgen fanden mehrere Reden, unter anderem ein Vortrag des Gauleiters Janßen über Gewerkschaftsbund. Es wurden abgehalten 18 Vorstandssitzungen, 5 Vertrauensmännerversammlungen, 14 Mitglieder- und Generalversammlungen; ferner 4 kombinierte Sitzungen mit dem Bauarbeiterverband. Die Jahreseinnahme betrug M 13 145,92, die Ausgabe M 10 102,58, so daß ein Bestand für die Lokalkasse von M 8043,39 verblieb. Der Mitgliederbestand betrug im ersten Vierteljahr 62, eingetretene sind 49, vom Militär angemeldet und zugereist 65, Restanten 1, übergetreten sind 7, gestorben 5, getreten 5, abgereist 9, Restant 1, so daß am Jahresabschluss 152 Mitglieder vorhanden waren. Kameraden, nun heißt es, fest die Organisation ausbauen, Eurem Vorstand, den Ihr Euch gewählt habt und der Euer Vertrauen besitzt, das Rückgrat zu stärken und nicht durch Nörgeleien und persönlichen Haß den Samen der Unzufriedenheit in unsere Reihen zu tragen. Nur durch gegenseitiges Vertrauen werden wir unser Ziel erreichen. Die Wahlen stehen vor der Tür. Soll alles über den Haufen geworfen werden, was die Revolution gebracht hat? Nein, und abermals nein! Wir wollen festhalten und aufbauen, uns zum Ruh, dem Gegner zum Trub.

Bonn. Am 11. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung im „Höfnig-Restaurant“ statt. Zum Punkt Jahresbericht warf der Vorsitzende einen Rückblick auf das verfloßene Jahr. Den Achtstundentag und die damit bedingte Lohnumrechnung mußten wir uns durch einen dreitägigen Streik erkämpfen. Alle andern Forderungen gelangten auf dem Verhandlungsweg zum Abschluß. Der Stundenlohn wurde im Laufe des Jahres von M 1,20 auf M 3,30 gebracht. Es hat sich auch in diesem Jahre wieder gezeigt, daß nur eine starke Organisation und die Einigkeit aller Kameraden in der Lage ist, unsere wirtschaftlichen Interessen wirksam zu vertreten. Alle von der Zimmermeisterinnung beschäftigten Lehrlinge wurden, trotz Protest der Meister, der Organisation zugeführt. In 2 Sitzungen des Gefellenausschusses mit der Innung wurde für die Lehrlinge eine der Zeit entsprechende Entlohnung erzielt. Der Kassenbericht konnte nicht gegeben werden, da der Bezirk Remagen noch nicht abgerechnet hatte. In Punkt 2 wurde die Neuwahl des Vorstandes vollzogen. Im 8. Punkt der Tagesordnung, der sich mit der Teuerungszulage befaßte, konnte festgestellt werden, daß die vom 11. Dezember 1919 an zu zahlenden 10 pSt. überall zur Auszahlung gelangten. Betreffs unserer am 30. Dezember 1919 an die Innung gestellte Forderung auf eine weitere der Gelbenwertung entsprechende Lohnerhöhung teilte Kamerad Müller mit, daß sich die Innung in einer schriftlichen Begründung vom 2. Januar 1920 zu Verhandlungen bereit erklärt hat. Die im Siegerkreis wohnenden Kameraden werden hierdurch nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß im Siegerkreis eine Bezirksabteilung besteht. Vertrauensmann ist der Kamerad Schiffbauer in Walscheid („Auelerhof“). Versammlungen finden regelmäßig jeden ersten Mittwoch im Monat in Loisdorf, „Hotel Kronprinz“, direkt nach Feierabend statt.

Borna b. Leipzig. Am 11. Januar fand unsere außerordentliche Jahreshauptversammlung statt. Der Vorsitzende bedauerte den geringen Besuch, von 104 Mitgliedern waren nur 20 erschienen. Dabei sei die Tagesordnung eine äußerst wichtige, die jeden Kameraden angehe, zumal Lohnforderungen behandelt werden sollten. Er warf sodann einen Rückblick auf das vergangene Jahr, das ein recht arbeitsreiches gewesen. Die Zahlstelle zählte zu Anfang des Jahres 19, am 1. August 104 Mitglieder. In der Versammlung am 17. Juli wurde von den Kameraden in Regis der Wunsch laut, für ihren Bezirk, der fast 40 Mitglieder zähle, und weil für sie der Weg zum Besuch der Versammlungen zu weit sei, eine selbständige Zahlstelle zu errichten. Dem Antrage wurde zugestimmt, am 1. August gingen 40 Mitglieder zu Regis über. Trotzdem zählt unsere Zahlstelle heute noch 104 Mitglieder. Im vergangenen Jahre fanden 2 Lohnbewegungen statt, eine machte einen sechstägigen Streik erforderlich. Durch beide Bewegungen wurde der Lohn von M 1,88 auf M 2,50 erhöht. Ist somit der Lohn im ersten Revolutionsjahr beträchtlich gestiegen, so ist das gegenüber der Steigerung für die Lebenshaltungskosten doch lange nicht genug. Der vom Kassierer erstattete Kassenbericht wurde genehmigt. Hierauf nahm die Versammlung Stellung zur Lohn- und Tariffrage. Der Vorsitzende erläuterte einen Entwurf, der gemeinsam mit den Bauarbeitern ausgearbeitet ist. Er sieht einen Lohn von M 3,10 vor. Die Bestimmungen des Entwurfs wurden im allgemeinen gutgeheißen. Der Entwurf soll den Unternehmern sofort zugehen. In die Lohnkommission wurden 3 Mann gewählt. Aus dem Kartellbericht ist hervorzuheben, daß künftig die Delegierten aus dem Vorstand zu wählen seien. Für uns komme das, so führte der Berichterstatter aus, nicht in Betracht, da die Sitzungen von unsern Delegierten stets pünktlich besucht worden seien. Für die österreichischen Arbeitsgenossen wurden M 60 aus der Lokalkasse bewilligt. Der Vorsitzende berührte sodann noch die Lehrlingsfrage und erwähnte alle Kameraden, sich ihr mehr zu widmen, damit auch die Lehrlingsverhältnisse gründlich geändert würden. Nach Erledigung der Wahlen wurde noch erwähnt, daß die Regelung der Werkzeugfrage in dem neuen Tarif mit erledigt werden müsse. Mit der Mahnung, künftig für besseren Versammlungsbefuch zu sorgen, schloß der Vorsitzende die Tagung.

Eisenach. Am 23. Januar fand unsere regelmäßige Mitglieder- und Vorstandssitzung statt, die gut besucht war. Der Vorsitzende teilte mit, daß auf Grund des Ausnahmezustandes die Versammlung polizeilich sowie beim Garnisonkommando angemeldet und genehmigt worden sei, es liege also kein Grund vor, sich in der Diskussion zurückzuhalten. Ferner teilte er mit, daß die Bezirksleitung mit dem Bezirksarbeitgeberverband verhandelt habe, um vor Beginn der zentralen Verhandlungen über weitere Teuerungszulagen einen Ausgleich für die ge-

stiegenen Kartoffel- und Brotpreise herbeizuführen. Das Verhandlungsergebnis sei folgendes: Die Arbeitgeber zahlen vom 9. Januar an 15 S mehr pro Stunde; diese 15 S werden bei den kommenden zentralen Regelungen mit angerechnet. Des weiteren teilte der Vorsitzende mit, daß der Bezirksleiter sich verpflichtet habe, zu der heutigen Versammlung zu erscheinen, leider sei er aber noch nicht da. Ueber die Zulage von 15 S und über die Anrechnung bei den zentralen Verhandlungen entspann sich eine lebhafte Aussprache. Sämtliche Redner sprachen sich dahin aus, daß es unter den bestehenden und weiter steigenden Teuerungen nicht möglich sei, mit den gezahlten Löhnen auszukommen. Aus der Mittelsitzung wurde beantragt: „In Anbetracht, daß die Lebensmittel und alle Wirtschaftskräfte fortgesetzt im Preise steigen, stehen die gewährten Teuerungszulagen in keinem Verhältnis zu diesen Preissteigerungen. Die Lohnkommission wird beauftragt, dem Arbeitgeberverband eine Lohnforderung von 50 pSt. zu stellen.“ Dieser Antrag fand einstimmige Annahme. Dann gab der Vorsitzende bekannt, daß am 11. Februar im Jahre 1888, durch den Kameraden Bartels, Magdeburg, unsere Zahlstelle gegründet worden sei. Es habe jedes Jahr ein Stiftungsfest stattgefunden, mit Ausnahme der Kriegsjahre. Das Stiftungsfest im vorigen Jahre wies einen kleinen Uberschuß auf. Durch die Verhältnisse in diesem Jahre hält es der Vorsitzende für seine Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, daß durch die teureren Verhältnisse die Aufwendungen sich bedeutend erhöhen. Weiter kommen die schwierigen Bahnverhältnisse in Betracht, welche die ländlichen Kameraden hindern, sich an Feste zu beteiligen. Aus diesem Grunde sei die Möglichkeit vorhanden, daß ein Defizit nicht ausbleiben werde; es sei daher zu prüfen, ob Abstand davon genommen werden soll. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Kameraden, die sich alle für ein Stiftungsfest aussprachen. Beschlossen wurde, Plaklisten anzufertigen, worauf sich jeder Kamerad schriftlich verpflichtet, das Eintrittsgeld sofort zu entrichten. Die Vorbereitung soll in einer Vorstandssitzung demnächst beraten werden. Ferner teilte der Vorsitzende mit, daß bis zum nächsten Zahltag eine Bürgerkontrolle von den Plakdelegierten zu erfolgen habe und dem Vorsitzenden von dem Ergebnis Bericht zu erstatten sei. Kamerad Stardt gab bekannt, daß die Plakdelegierten in vielen Fällen ihre Pflicht nicht tun, so zum Beispiel bei Einstellungen und Entlassungen von Kameraden. Des weiteren wünscht er, daß in einer der nächsten Versammlungen über den Inhalt des Reichs- und Ortsstarfs gesprochen werden soll, damit die Kameraden mehr orientiert werden. Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß das wichtigste aus dem Reichstarif auf dem Merkblatt für Bauhandwerker abgedruckt worden sei, das jeder Plakdelegierte in Händen habe. Es liege aber in den meisten Fällen an der Interesslosigkeit der Kameraden, man müsse sich deshalb mehr mit dieser Frage beschäftigen. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Kameraden auf, sich im allgemeinen mit der Verbandspolitik mehr als je zu befassen; denn es genüge nicht, daß sich der Vorstand allein dafür interessiert, sondern sämtliche Kameraden müßten mitarbeiten, dann wird der Sieg nicht ausbleiben.

Göppingen. Unsere Generalversammlung fand am 9. Januar im „Stuttgarter Hof“ statt. Aus dem vom Vorsitzenden erstatteten Tätigkeitsbericht war zu entnehmen, daß das verfloßene Jahr arbeitsreicher gewesen sei, als alle Vorjahre. Das habe seinen Grund in den fortgesetzten Veränderungen der Lohnverhältnisse, die infolge der Teuerung notwendig wurden. Der Stundenlohn betrug ab 1. April M 1,90, ab 15. August M 2,25. In diesem Jahre hätten wir das fünfundsingzigjährige Bestehen unserer Zahlstelle feiern. Das älteste Mitglied der Zahlstelle ist Kamerad Frank, der ihrer Gründung beizuwohnt. Ein Kamerad ist uns durch den Tod entzogen worden, nämlich der Kamerad Ruding; er wurde ein Opfer seines Berufes. Der Stand der Kasse war ein erfreulicher. Der Kassierer wurde entlastet. Der Neuwahl des Vorstandes und der Kartelldelegierten folgte die Festsetzung der Entschädigung. Sie wurde für den Vorsitzenden auf M 10, für den Kassierer auf M 25 und den Schriftführer auf M 7 pro Quartal festgesetzt. Der alte Kassierer erhält für seine Arbeit M 20 nachbezahlt. Kamerad Frank besprach die Lohnverhältnisse. Die Beschaffung von Kleidung sei heute unmöglich, so daß wir in nächster Zeit in Lumpen gehüllt gehen müßten. Es wurde ein Antrag angenommen, wonach der neugewählte Vorstand eine Statistik führen soll, die jederzeit dem Zentralvorstand eingeschickt werden kann, damit er in unsere Verhältnisse einen klaren Einblick gewinne. Es entspann sich eine rege Debatte über die allgemeine wirtschaftliche Lage, besonders auch über die letzte zehnprozentige Teuerungszulage, die als völlig unzureichend bezeichnet wurde. Ein Antrag, eine Teuerungszulage von 150 pSt. zu fordern, wurde angenommen.

Sameln. Unsere Generalversammlung am 13. Januar hatte zuerst die Vorstandswahl zu erledigen. Sie machte einige Schwierigkeiten, da der erste Vorsitzende sowie der erste Kassierer amtsüdi waren und ihre Posten niederlegen wollten. Der Vorsitzende wollte besonders deswegen nicht wieder kandidieren, weil die Mitglieder im allgemeinen sehr geringes Interesse für die Organisation zeigen. Er erklärte sich zur Wiederannahme nur unter der Bedingung bereit, daß hierin in Zukunft ein Wandel eintrete. Nachdem diese beiden Posten besetzt waren, wurden die Stellvertreter gewählt und die Entschädigungen für alle Funktionäre festgesetzt. Aus dem Kartellbericht ist hervorzuheben, daß das Kartell für alle Arbeiter von den Unternehmern eine Lohnerhöhung fordert, und zwar für Verheiratete M 25 und für Ledige M 15 pro Woche. Für die Arbeiterschaft Deutsch-Oesterreichs wurden in nächster Zeit Sammelkarten ausgegeben. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde noch die Bureauzeit der Krankenkasse besprochen und gerügt, daß erkrankte Personen von auswärtig morgens vor der Sprechstunde des Arztes einen Krankenschein nicht erhalten können und sich infolgedessen den ganzen Tag in der Stadt aufhalten müßten. Der Vorsitzende versprach, die Angelegenheit bei der Ortskasse zur Sprache zu bringen. Weiter wurde die Polierfrage erörtert und ausgeprochen, daß Mitglieder des Polierbundes, die einen Polierposten

nicht besäßen, unserm Verbände beitreten müssen. Das Verhalten der Kameraden auf dem Platz Müller wurde getadelt, weil sie die vereinbarte Arbeitszeit nicht innehalteten. Das trifft ebenfalls auf zwei dort arbeitende organisierte Tischler zu. Die Versammlung war gut besucht. Wir hoffen, daß auch die kommenden Versammlungen nicht wieder abflauen, damit wir in Sameln vorwärts kommen.

Samml. W. Am 11. Januar tagte unsere Generalversammlung. Zunächst wurden die Beiträge geregelt. Der Kassierer konnte hierzu mitteilen, daß die Beiträge für 1919 voll entrichtet und Restposten nicht vorhanden seien. Kamerad Rudolf berichtete über die Tätigkeit der Zahlstelle im verfloßenen Jahre. An Versammlungen haben stattgefunden 12 regelmäßige und 8 außerordentliche, ferner 12 Kartellsitzungen und 8 außerordentliche Sitzungen. Die Mitgliederzahl hat sich erhöht von 87 im ersten auf 68 im vierten Quartal. An Beitragsmarken sind verkauft 2868 Stück. Für Agitation wurden ausgegeben M 800, für Streikunterstützung M 1000. Gestreift wurde in der Drahtindustrie 3 Wochen und bei Schöffer 2 Tage. Die Zahlstelle feierte 2 Feste, die beide einen guten Uberschuß abwarfen. Den Uberschuß von einem Vergnügen bekam der Konsum- und Sparverein Dortmund-Samm, während der Uberschuß vom zweiten Vergnügen zu einer Kinderbescherung verwendet wurde. Unsere Zahlstelle konnte mit Hilfe von Gelsenkirchen und Bochum einen Delegierten zur 21. Generalversammlung entsenden. Im ganzen war das abgelaufene Jahr ein recht arbeitsreiches. Unsere Zahlstelle mußte ganz neu aufgebaut werden. Da während des Krieges die Kameraden fast alle eingezogen waren, mußten die Frauen die Leitung der Geschäfte in die Hand nehmen; ihnen sei hiermit unser Dank ausgesprochen. Den auf dem Felde der Ehre gefallenen Kameraden wird ein ehrendes Andenken bewahrt. Der Vorsitzende schloß seinen Bericht mit der Aufforderung, daß jetzt alle Kameraden bei der Agitation mithelfen möchten, damit alle Zimmerer dem Verbände zugeführt würden. Der Bericht wurde mit Beifall aufgenommen. Die Kameraden versprachen, auch im neuen Jahre kräftig mit Hand anzulegen, um die Zahlstelle vorwärts zu bringen. Anschließend wurde die Abrechnung verlesen und von der Versammlung genehmigt. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Hierauf wurde noch ein Schreiben aus Duisburg verlesen und gutgeheißen. Der Vorsitzende wurde beauftragt, es sofort zu beantworten. Mit der Mahnung zu pünktlichem Besuch wurde die Versammlung geschlossen.

Selbbrunn. Am 11. Januar fand im Lokale von Roth unsere Generalversammlung statt. Sie ehrte vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken des Kameraden Hermann Gauß, der Weihnachten ein Opfer des Gdnwassers geworden ist. Aus dem vom Vorsitzenden erstatteten Jahresbericht war zu entnehmen, daß 9 Mitglieder- und 1 außerordentliche Versammlung stattgefunden haben. Viel Arbeit haben die Verhandlungen über Teuerungszulagen erfordert. Der Kassierer gab die Quartals- und Jahresabrechnung bekannt. Nach ihrer Bestätigung durch die Revisoren wurde der Kassierer entlastet. Die Verwaltungskosten wurden wie folgt festgesetzt: Für den Vorsitzenden pro Quartal M 30, den Kassierer M 40, den Schriftführer M 15; für die Revisoren je M 6 und für eine Ausschussung pro Mann M 8. Hierauf wurden die Wahlen vollzogen. Der Vorsitzende berichtete sodann über die Verhandlungen wegen einer weiteren Teuerungszulage. Die Unternehmer haben, wie daraus zu entnehmen ist, uns eine Zulage von 40 S angeboten; diese ist jedoch, weil viel zu gering, abgelehnt und eine Forderung auf 200 pSt. gestellt worden. Nach lebhafter Diskussion gelangte die bereits in Nr. 2 des „Zimmerer“ in dem Bericht aus Stuttgart veröffentlichte Resolution zur Annahme. Unter „Verschiedenes“ wurde bekanntgegeben, daß wir einen Kameraden für den Posten eines Baukontrolleurs vorschlagen hätten. Gewählt wurde Kamerad Schneck. Der Vorsitzende besprach dann noch den Unterschied zwischen Arbeits- und Erwerbslosigkeit. Beschlossen wurde, daß, falls neue Arbeitsbeschränkungen vorkommen sollten, die Kameraden sich arbeitslos zu melden haben.

Solzhausen-Burmort. Unsere Mitglieder- und Vorstandssitzung am 14. Januar nahm im ersten Punkt ihrer Tagesordnung den Kassenbericht entgegen. Der Kassierer wurde entlastet. Nach einer kurzen Aussprache des Vorsitzenden, worin die Kameraden aufgefordert wurden, auf dem Posten zu sein, wurde zur Vorstandswahl geschritten und der bisherige Vorstand einstimmig wiedergewählt. Anschließend daran erfolgte die Wahl der Revisoren, der Rapporteurs und der Kartelldelegierten. Der Kartellbericht fand den Beifall der Versammlung. Sodann nahm die Versammlung Stellung zur Lohnfrage. Der Vorsitzende führte aus, daß mit Rücksicht auf die noch fortwährend steigenden Lebensmittelpreise eine Lohnerhöhung dringend erforderlich sei. Es wurden Anträge gestellt, einen Stundenlohn von M 3,50 zu fordern, jedoch wurde beschlossen, erst mit den Bauarbeitern in Verbindung zu treten. Zu diesem Zwecke wurde eine Kommission von 3 Mann gewählt. Unter „Verschiedenes“ wurde unter anderem beschlossen, für unentschuldigtes Fehlen in den Versammlungen eine Strafe von M 1 festzusetzen. Zu der Versammlung waren auch sämtliche Lehrlinge eingeladen; soweit sie erschienen waren, ließen sie sich in den Verband aufnehmen. Die Entschädigung des Kassierers und der Rapporteurs wurde entsprechend erhöht. Nach einem Appell des Vorsitzenden, fest zusammen zu stehen, wurde die Versammlung geschlossen. Anwesend waren 18 Kameraden und 8 Lehrlinge.

Tauer. In einer Mitglieder- und Vorstandssitzung am 14. Januar wurde die Abrechnung erstattet und genehmigt. Der Vorsitzende berichtete anschließend über die Lohnverhandlungen und Kamerad Drescher über die Sitzung des Gewerkschaftskartells. Letzterer teilte noch mit, daß demnächst eine Sitzung der Arbeitgeber und Gewerkschaftsvertreter stattfinden werde, um zu einer allgemeinen Teuerungszulage Stellung zu nehmen. Im nächsten Punkt der Tagesordnung besprach der Vorsitzende die Bestimmungen über die Kranken- und Sterbeunterstützung in der Zahlstelle, um hierauf den Jahresbericht zu erstatten. Es haben 10 Mitglieder- und Vorstandssitzungen stattgefunden und 2 gemeinschaftliche Versammlungen mit den Bauarbeitern. Lohnverhandlungen sind geführt worden im Mai und Dezember. Der bis-

Versammlungsanzeiger.

Sonntag, den 8. Februar:
 Yarmen: Nachm. 4 Uhr in Wodrichs Gasthof.
Montag, den 9. Februar:
 Neudamm: Abends 8 Uhr im „Apollosaal“.
Dienstag, den 10. Februar:
 Kiel: Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Lichtsaal 7. —
 Potsdam: Abends 8 Uhr bei Hausmann, Kaiser-Wilhelm-
 Straße 88.
Mittwoch, den 11. Februar:
 Duisburg, Bezirk Mülheim a. d. Ruhr: Abends
 8 Uhr bei Hollenbergs, Dickswall. — Glogau: Eine halbe
 Stunde nach Feierabend bei Woide, Taubenstr. 11. — Grittig:
 Abends 6 Uhr in „Stadt Hamburg“, Oberer Steinweg. —
 Niesitz: Nach Feierabend im Gasthof „Zum Stern“. —
 Penzig: Eine halbe Stunde nach Feierabend bei St. Christensen.
 — Schwerin: Abends 8 Uhr bei Krüger, Großer Moor.
Donnerstag, den 12. Februar:
 Neumünster: Abends 8 Uhr bei Blohm, Plöner Straße 7.
Freitag, den 13. Februar:
 Jena: Nach Feierabend im Gewerkschaftshaus.
Sonntag, den 14. Februar:
 Emmendingen: Gleich nach Feierabend im „Schwarz-
 wälder Hof“. — Zeber: Abends 8 Uhr in der „Traube“.
 — Wahn i. Schl.: Eine Stunde nach Feierabend bei
 Schrammel. — Witten: Abends 7 Uhr im „Bayerischen Hof“.
 — Tangermünde: Abends 8 Uhr im „Kaiserhof“. —
 Trier: Abends 8 Uhr in der „Union“, Nagelstr. 15. —
 Uetersen: Abends 8 Uhr bei Carl Sievers. — Wanne:
 Abends 7½ Uhr bei Kumpmann, Schulstr. 24. — Witten:
 Abends 8 Uhr bei Heinr. Röhmer, Ardenstr. 104.
Sonntag, den 15. Februar:
 Düsseldorf: Vorm. 10 Uhr bei Joh. Weller, Hafens-
 trasse 9. — Goldberg i. W.: Nachm. 4 Uhr im Gewerks-
 chaftshaus. — Hohenmölsen: Nachm. 8 Uhr in Rupschs
 Restaurant, Weissenfelder Straße 17. — Neudamm: Nachm.
 4½ Uhr im Gewerkschaftshaus „Hotel Deutsches Haus“.

Anzeigen.

[M. 8,90] **Nachruf.**
 Am 10. Januar starb infolge Blinddarmentzündung
 unser Kamerad
Bernhard Rennert
 im Alter von 58 Jahren.
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
 Die Kameraden der Zahlstelle
 Grossröhrsdorf.

[M. 7,50] **Nachruf.**
 Von unserer Zahlstelle fielen folgende Kameraden
 dem Weltkriege zum Opfer:
Carl Baumeister | **Heinrich Emme**
Louis Hannibal | **Heinr. Tegmeyer**
Fritz Hundertmark | **Fritz Büssener**
 und **Georg Grossmann** aus Holzhausen,
Fritz Prante aus Dessdorf,
August Kayser | **Friedrich Spohr**
 aus Löwenfen,
Heinr. Brackhahn | **Fritz Böcke**
 aus Thal,
Heinrich Meyer | **Heinrich Spiegel**
 aus Griesen.
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihnen
 Die Kameraden der Zahlstelle
 Holzhausen-Pyrmont.

[M. 8,90] **Nachruf.**
 Am 16. Januar starb plötzlich infolge eines Un-
 falls unser langjähriges Mitglied und Mitbegründer
 unserer Zahlstelle
Karl Behrendt
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
 Die Kameraden der Zahlstelle
 Landsberg a. d. W.

[M. 8,80] **Nachruf.**
 Am 17. Januar starb nach kurzer schwerer Krankheit
 der Kamerad
August Becker
 im Alter von 46 Jahren.
 Sein Andenken werden wir in Ehren halten!
 Die Zahlstelle Magdeburg u. Umg.

[M. 5,40] **Nachruf.**
 Dem Weltkriege fielen folgende Kameraden aus
 unserer Zahlstelle zum Opfer:
Heinrich Fischer | **Karl Rakow**
Willy Panten | **Paul Treichel**
 Am 28. Dezember 1919 starb unser Kamerad
Friedrich Wilhelm
 im Alter von 55 Jahren.
 Ehre ihrem Andenken!
 Die Zahlstelle Kolberg.

[M. 5,70] **Nachruf.**
 Dem Weltkriege fielen folgende Kameraden unserer
 Zahlstelle zum Opfer:
Franz Nowack, | **Otto Sahn,**
Otto Bartsch, | **Paul Gollmjewski,**
Max Feller, | **Paul Kojawski,**
Peter Kojawski, | **Gustav Amling,**
Joseph Oblotzki, | **Jakob Menkowski.**
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihnen
 Die Kameraden der Zahlstelle
 Marienburg.

[M. 8,90] **Nachruf.**
 Am 18. Januar starb nach kurzer, schwerer Krank-
 heit unser langjähriges Mitglied und treuer Kamerad
Robert Rudolf
 im Alter von 45 Jahren.
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
 Die Kameraden der Zahlstelle
 Meuselwitz.

[M. 6] **Nachruf.**
 Im Weltkriege 1914/18 erlitten folgende Kameraden
 aus unserm Bezirk den Heldentod:
Karl Spitzki | **Gustav Krause**
 aus Götzenboden | aus Wiese
Gustav Wiechert | **Gottfried Dietrich**
 aus Wiese | aus Hagenau
Friedr. Klenapfel | **Emil Gertlowski**
 aus Hagenau | aus Georgenthal
Johann Taube aus Groß-Hermenau.
 Ihr Andenken werden wir stets in Ehren halten!
 Zahlstelle Mohrunen i. Ostpr.

[M. 8,10] **Nachruf.**
 Dem Weltkriege fielen folgende Kameraden zum
 Opfer:
L. Alpen | **W. Kruse**
C. Bustorf | **Otto Reck**
Chr. Haase | **K. Roweder**
H. Haase | **Joh. Suhren**
W. Haltenhof | **J. Thielmann**
M. Kerschinski | **J. Tornow**
August Voss

Am 24. Januar starb nach langer Krankheit unser
 treuer Kamerad
Johs. Riepen
 im Alter von 84 Jahren.
 Ihr Andenken werden stets in Ehren halten
 Die Kameraden der Zahlstelle
 Neumünster.

[M. 4,50] **Nachruf.**
 Dem wahnstinnigen Völkermorden fielen folgende
 Kameraden zum Opfer:
Fritz Paul
Alfred Karkutt
 üblich verunglückt.
 Ihr Andenken werden stets in Ehren halten
 Die Kameraden der Zahlstelle
 Riesenburg.

[M. 8,80] **Nachruf.**
 Am 18. Januar starb nach schwerer Krankheit
 unser lieber Kamerad und Kolporteur von Raschau
Hans Lorenz
 Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!
 Die Kameraden der Zahlstelle
 Schwarzenberg i. Krzg.

[M. 6,30] **Nachruf.**
 Dem furchtbaren Völkermorden fielen folgende
 Kameraden zum Opfer:
Max Scholz | **Paul Winkler**
Paul Latke | **Richard Seidel**
Paul Hertel | **Fritz Leibner**
Paul Schmidt | **Karl Gimpel**
Paul Mende | **Reinhold Hänsler**
Paul Wilde | **Hermann Stober**
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihnen
 Die Kameraden der Zahlstelle
 Wohlau i. Schl.

[M. 6,30] **Nachruf.**
 Dem wahnstinnigen Völkermorden fielen folgende
 Kameraden unserer Zahlstelle zum Opfer:
Otto Gottschalk | **Karl Schmidt**
Wilh. Otto | **Walter Stutz**
Otto Seuss | **Fritz Kanow**
Ernst Betgin | **Karl Witt**
Wilh. Hülseberk | **Franz Krause**
Karl Steltner
 Ihr Andenken werden stets in Ehren halten
 Die Kameraden der Zahlstelle
 Zehdenick und Umgegend.

Zahlstelle Berlin u. Umg.
 Montag, 9. Februar, abends 6½ Uhr,
 im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 3:
Vertrauensmännerversammlung.
 Tagesordnung: 1. Die Verbindlichkeitsklärung
 des Tarifvertrages. 2. Baustellenangelegenheiten.
 Auf Grund der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht
 sämtlicher Fabrik-, Hoch- und Tiefbauvertrauensleute, zu
 dieser Sitzung bestimmt und pünktlich zu erscheinen.
 [M. 1,80] Der Vorstand.

Zahlstelle Magdeburg u. Umg.
 Das Bureau unserer Zahlstelle befindet sich Fackelstr.
 9, vorn, part. Alle geschäftlichen Angelegenheiten, wie
 An- und Abmeldungen, Auszahlung der Kranken-, Arbeits-
 losen- und Reiseunterstützung sowie die Arbeitslosenkontrolle,
 werden hier erledigt. Geschäftsstunden von 8½ bis 1 Uhr
 und von 3 bis 5½ Uhr. Bei Nichtanwesenheit des Geschäfts-
 leiters erteilt im Auftrage desselben Kamerad D. Klein e
 Auskunft. Fernruf 2406. [M. 1] Der Vorstand.

Zahlstelle Ueckermünde.
 Unsere Mitgliederversammlung findet von jetzt an jeden
 Sonntag vor dem Monatsersten um 4 Uhr nachmittags statt.
 Die Kameraden werden gebeten, dazu pünktlich und zahlreich
 zu erscheinen. Die Arbeitslosenunterstützung wird jeden
 Sonnabendnachmittag zwischen 4 und 5 Uhr im Gewerkschafts-
 haus ausbezahlt. [80 8] Der Zahlstellenvorstand.

Achtung! Zahlstellenassierer!
 Der Kamerad **Friedrich Meister**, geboren am
 14. Mai 1880 zu Stendal (Verbandsbuch-Nr. 250778, erneuert
 am 1. Januar 1917 in Bochum), hat hier selbst noch Ver-
 pflichtungen hinterlassen. Wir bitten um Einsendung von
 Meisters jetziger Adresse. **Otto Siegmund**, Bochum,
 Bahnhofstraße 38. [M. 2,40]

Zentral-Krankenkasse der Zimmerer Deutschlands
Verwaltungsstelle Hamburg (sämtliche Bezirke).
 Sonntag, den 15. Februar, nachmittags 3 Uhr:
Mitgliederversammlung
 im Lokale des Herrn Stoppel, Postdamer Straße 50.
 Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Die Zahlung
 der Beiträge für arbeitslose Mitglieder durch das Arbeitsamt.
 3. Wahlen: a) eines Kassierers für den Bezirk Warmbeck-
 Uhlenhorst; b) eines zweiten Vorsitzenden; c) eines Revisors.
 4. Verschiedene Anträge der Verwaltung.
 Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert, daß alle
 Mitglieder in dieser Versammlung erscheinen.
 [M. 1,70] Der Vorstand.